

**November 20, 1990**

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with the  
President of the CSFR, Vaclav Havel, Paris, 20  
November 1990, 3:40 pm to 4:45 pm**

**Citation:**

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with the President of the CSFR, Vaclav Havel, Paris, 20 November 1990, 3:40 pm to 4:45 pm", November 20, 1990, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59734, 126-132. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger.

<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/300098>

**Summary:**

Kohl and Havel discuss the conclusion of a comprehensive bilateral treaty, trade issues, European integration as well as questions related to the German minority in the CSSR.

**Original Language:**

German

**Contents:**

Original Scan

Transcript - German

Translation - English

Abteilung 2  
VLR I Dr. Kaester<sup>u</sup>

Bonn, den 22.11.1990  
2215/wi

Ab am 23.11.1990

Über  
Herrn Chef des Bundeskanzleramtes  
Herrn Bundeskanzler

B 22/M  
H.N.  
WV / W... / 23/1

Betr.: Ihr Gespräch mit dem Staatspräsidenten der CSFR, Vaclav Havel,  
Paris, 20. November 1990, 15.40 bis 16.45 Uhr

Anlg.: - 1 -

Hiermit lege ich Ihnen mit der Bitte um - Genehmigung - einen Vermerk über das  
o.a. Gespräch vor.

Zugleich erbitte ich Ihre - Zustimmung - , daß das Auwärtige Amt (z.Hd. des  
Staatssekretäres) Doppel dieses Vermerks erhält.

(Teltschik)

Jem

122

RL 212

Paris, den 20. November 1990

V e r m e r k

**Betr.:** Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem  
Staatspräsidenten der CSFR, Vaclav Havel  
Paris, 20. November 1990, 15.40 Uhr bis 16.45 Uhr

Staatspräsident Havel (H.) begrüsst den Bundeskanzler zu einem Gespräch am Rande des KSZE-Gipfels.

- Teilnehmer auf CSFR-Seite:

Ministerpräsident Calfa, Aussenminister Dienstbier, weitere  
Mitarbeiter und Dolmetscher

- Teilnehmer auf deutscher Seite:

AL 2, LKB, RL 212 (Note Taker), Herr Bross (Dolmetscher)

H. erinnert an das letzte Treffen in München Anfang dieses Jahres - seither sei Deutschland um ein Drittel grösser geworden und hätten sich die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen deutlich verbessert. Bundespräsident von Weizsäcker habe daran grossen Verdienst.

Einige aus der Geschichte ungeklärte Dinge habe man beim Namen genannt und einer Lösung nähergebracht.

Die CSFR habe von Anfang an die deutsche Einigung unterstützt.  
Er - H. - sei froh, dass sie so schnell verwirklicht worden sei.

Er habe noch in der Oppositionszeit als Mitglied der Charta 77 den Gedanken ausgesprochen, dass ohne Einigung Deutschlands eine Einigung Europas nicht denkbar sei. Er sei dafür scharf angegriffen worden, auch von Deutschen.

Nun wolle die CSFR mit dem geeinten Deutschland einen Gesamtvertrag abschliessen, so wie dies bereits zwischen den Aussenministern in Aussicht genommen sei. Er - H. - gehe davon aus, dass die Experten schon daran arbeiteten.

Der Bundeskanzler erläutert seine Zeitvorstellungen für die Vertragsverhandlungen: Man habe mit der SU beim Besuch Präsident Gorbatschows einen "Grossen Vertrag" unterzeichnet. Mit Polen wolle man bis Ende Januar/Anfang Februar so weit sein, und dann wolle man sich auf die deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen konzentrieren.

Dies bedeute nicht, dass diese Verhandlungen zurückgestellt würden. Vielmehr wolle er - wie auch hinsichtlich des deutsch-polnischen Vertrages - sicherstellen, dass die parlamentarische Behandlung der Verträge mit den drei östlichen Partnern nicht zu weit auseinanderfalle (Exkurs: Gründe für das Vorziehen der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzvertrages, Vereinbarung mit MP Mazowiecki über gemeinsame Ratifizierung beider Verträge).

Er werde beim bevorstehenden Besuch von MP Calfa noch einmal Eckpunkte der deutsch-tschechoslowakischen Vertragsverhandlungen erörtern - dann werde die Formulierung selbst kein grosses Kunststück sein. Im übrigen rege er an, dass H. und MP Calfa auch weiterhin persönlich Anteil an den Vertragsverhandlungen nehmen.

H. bestätigt dies.

Der Bundeskanzler und H. vereinbaren, dass im Januar die Expertenarbeit beginnt und der Vertrag bis Ostern fertiggestellt und dem Parlament zugeleitet wird.

H. unterstreicht abschliessend, dass sein Land sich über einen derartigen Vertrag freue. Derzeit befinde man sich in einem Vakuum, das es auszufüllen gelte. Man wolle auch mit diesem Vertrag am Fundament für eine friedliche europäische Ordnung bauen.

H. verzeichnet erfreut das rege Interesse deutscher Firmen an der Zusammenarbeit mit tschechoslowakischen Firmen. Dieses Interesse sei so gross, dass bei anderen Partnerländern bereits Unruhe über ein zu grosses deutsches Engagement entstehe. Aber davor habe die CSFR keine Angst.

Ungünstig sei hingegen die Entwicklung im Warenaustausch mit der früheren DDR. Aufgrund der gewachsenen RGW-Strukturen sei die CSFR auf Lieferungen nach und Bezügen aus den neuen Bundesländern angewiesen. Er würde es sehr begrüßen, wenn die Bundesregierung gewisse Verpflichtungen für Kompensationen übernehmen könnte. Darüber werde MP Calfa Ende des Monats im einzelnen sprechen.

Schliesslich habe es eine - möglicherweise durch überzeichnende Medienberichte hervorgerufene - Perzeption im Westen gegeben, als stehe die CSFR vor dem Zusammenbruch. Tatsächlich habe es Zuständigkeitsauseinandersetzungen zwischen der Föderation und beiden Republiken gegeben. Dies sei aber inzwischen beigelegt.

Leider hätten jedoch einige Banken aufgrund dieser Berichte ihre Einlagen zurückgezogen. Er - H. - wisse zwar, dass der Bundeskanzler den Banken keine Order geben könne, gleichwohl bitte er um ein gutes Wort.

Schliesslich - so H. weiter - habe es gewisse Informationen über Besitz- oder Entschädigungsansprüche aus den Reihen der sudetendeutschen Landsmannschaft gegeben. Ihm erscheine es nicht angemessen, diese Dinge mit der Landsmannschaft zu behandeln. Angezeigt sei die Regierungsebene, möglicherweise im Zusammenhang mit dem Vertrag. Die tschechoslowakische Seite verschliesse sich Verhandlungen nicht, wolle die Fragen allerdings nicht zu diesem Zeitpunkt mit der Landsmannschaft aufnehmen. Die Frage rufe in seinem Land Unruhe, Emotionen und bohrende Fragen hervor. Ihm wäre es am liebsten, wenn man auf ruhige Verhandlungen durch Experten beider Regierungen verweisen könne. Er bittet den Bundeskanzler um Einverständnis.

Der Bundeskanzler erwidert

- zu den Lieferungen aus der früheren DDR:

Das Problem sei bekannt. Wir hätten ein ziemlich schlechtes Erbe übernommen. Die Lage werde durch die Psychologie der in den neuen Bundesländern lebenden Menschen nicht leichter, denn sie wollten den Nutzen der Vereinigung sofort sehen. Aber all dies gehe nicht über Nacht.

Er rege an, das Problem beim Besuch von MP Calfa ausführlich zu erörtern.

- Banken: Er bitte MP Calfa, ihm ein vertrauliches Papier zukommen zu lassen, das Namen und Zahlen nennt. Er habe hinsichtlich Ungarns ein ähnliches Problem gehabt - und helfen können.
- Ansprüche der Sudetendeutschen: Auch er sei dafür, Dinge auf Regierungsebene zu besprechen, und zwar im Zusammenhang mit dem "Grossen Vertrag".

In einem späteren Zeitpunkt könne es jedoch nützlich sein - und darüber werde er wohl noch einmal mit H. persönlich reden müssen - dass von tschechischer Seite eine Geste gemacht werde. Die versöhnenden Worte H.'s zur Vertreibung der Sudetendeutschen habe eine gewaltige Wirkung gehabt. Die Lage sei psychologisch nicht nur in der CSFR schwierig, sondern auch bei uns. Man müsse sich gegenseitig helfen.

Er sei sehr einverstanden, dass man heute gemeinsam (der Presse) sage, man habe im heutigen Gespräch über alle anstehenden Fragen zwischen beiden Ländern gesprochen, insbesondere über einen Vertrag über freundschaftliche, gutnachbarschaftliche Beziehungen; dass man diesen Vertrag bis März abschliessen wolle und dass in diesem Zusammenhang Fragen, die die Sudetendeutschen berühren, mitbehandelt werden sollten.

H. ist einverstanden.

Der Bundeskanzler umreißt sodann die in der Geschichte wurzelnde Haltung, mit denen er an die künftige Gestaltung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen heranzugehen beabsichtigt. Die CSFR sei nicht irgendein Nachbar, sondern ein Land, mit dem wir insbesondere durch die kulturelle Dimension aufs engste verbunden seien. Das Land sei zudem Mitteleuropa - und der Staatspräsident sei ein besonders herausgehobener Repräsentant gerade dieses mitteleuropäischen Profils. Deshalb und wegen seiner persönlichen Haltung in schwierigster Zeit genieße er bei uns hohes Ansehen.

Betrachte man die lange gemeinsame Geschichte, dann habe es engste politische und dynastische Verflechtungen gegeben. Gerade deshalb müsse man einer Betrachtung entgegenwirken, als habe die Geschichte erst 1933 begonnen. Aber selbstverständlich müsse gerade auch das einbezogen werden, was nach 1933 im Namen des Nationalsozialismus sowie in der Revanche geschehen sei.

Heute stehe man vor zwei Alternativen: Man könne weitermachen wie bisher - dann seien diese drei Tage in Paris umsonst gewesen und man werde nichts bewirken. Oder aber man richte den Blick nach vorne und gestalte die Dinge grundlegend neu. Dies sei uns mit Frankreich gelungen - aus einer Erbfeindschaft, von der noch seine Schulbücher gezeugt hätten, sei engste Freundschaft geworden. Dies dürfe in unserem Verhältnis mit unseren Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa nicht anders sein. Deshalb müsse man, ohne dass "vorher" zu vergessen, einen neuen Anfang wagen, und zwar jetzt.

In 10 Jahren werde Europa anders aussehen, insbesondere die Europäische Gemeinschaft sich weiterentwickelt haben. Zwar könne diese nicht alle Länder Europas umfassen, aber er sehe drei wichtige Partner in der Region. Die CSFR und Ungarn hätten eine wirtschaftliche Basis, aufgrund derer man das Ziel bald erreichen könne; bei Polen hänge vieles davon ab, wie es mit der Regierungsarbeit weitergehe (Exkurs: Österreichs EG-Mitgliedschaft in Zusammenwirken mit Budapest und Prag).

Der Bundeskanzler würdigt sodann den Beitrag der Menschen auf dem Wenzels-Platz zur Deutschen Einheit. Gerade deshalb habe er heute im Plenum betont, die Deutschen würden miserable Politik machen, wenn sie jetzt nur an sich selbst dächten. Das Gegenteil sei richtig: Der Erfolg in den Reformstaaten sei auch unser Erfolg. Es dürfe keine neue Wohlstandsgrenze geben. Denn dies bedeute Neid, aus Neid wachse Missgunst, von dort sei es nur noch ein kleiner Schritt zum Hass (Exkurs: Vorschau auf ER Rom).

Bei alledem - so der Bundeskanzler weiter - sei ihm wichtig, dass die Menschen in beiden Ländern mitmachten. Man müsse deshalb auf die Psychologie achten (Exkurs: eigener Besuch in Lidice).

Gerade jetzt sei ein günstiger Zeitpunkt für Vorwärtsbewegung. Die Schiffe lägen in der Strömung längsseits. Man könne und müsse umsteigen, bevor die Strömung sie wieder auseinandertreibe. Was man in den nächsten zwei Jahren mache, sei gut gemacht - er sei nicht sicher, ob man noch viel mehr Zeit habe. Deshalb sei er auch in EG-Fragen so treibend.

H. stellt erfreut fest, dass die Darstellung des Bundeskanzlers dem sehr verwandt sei, was man auch in seinem Lande spüre. Vor allem unterstreiche er seinerseits, dass gerade jetzt die Chance bestehe, ein wirklich besseres Europa zu begründen.

Die 2-Jahres-Perspektive stelle sich auch nach der innenpolitischen Lage seines Landes: Die Amtszeiten von Parlament, Regierung und Präsidenten liefen über diese Zeit. In dieser Frist müsse man eine neue Verfassung und eine neue Wirtschaftsordnung schaffen und die internationale Stellung der CSFR neu begründen.

Allerdings werde man es in dieser Frist nicht schaffen, eine wirtschaftliche Erholung wie in der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen - dies dauere 10 bis 15 Jahre. Gleichwohl müsse man jetzt die Grundlage für ein engeres Verhältnis zur EG in Form der Assoziation vorantreiben.

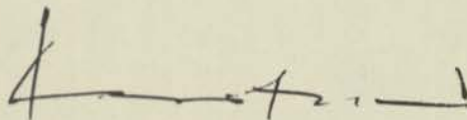


H. unterstreicht sodann, dass das jüngste politische Geschehen in seinem Land und in der früheren DDR wie durch kommunizierende Röhren miteinander verbunden gewesen sei. Für die deutsche Einheit sei wichtig gewesen, was in Prag, Warschau und Budapest geschehen sei - andererseits habe aber der Fall der Berliner Mauer für die friedliche Revolution in seinem Land entscheidende Bedeutung gehabt.

H. dankt dem Bundeskanzler für das Gespräch und bekräftigt erneute seine Zufriedenheit, dass man in den beiderseitigen Visionen so einig sei.

Der Bundeskanzler betont abschliessend, man könne zwar dieses Jahrhundert nicht zurückdrehen, habe in seinen letzten zehn Jahren jedoch die Chance, einiges wieder in Ordnung zu bringen. Dies sei sein ganz persönliches Ziel. Er hoffe, dass von seiner Universität Heidelberg bald wieder wie früher die Studenten mit derselben Selbstverständlichkeit nach Prag gingen, wie sie dies heute in Richtung Paris oder Dijon täten.

Der Bundeskanzler schlägt in der nächsten Zeit engsten Kontakt vor - H. ist einverstanden.



RL 212

Paris, den 20. November 1990

### **V e r m e r k**

#### **Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Staatspräsidenten der CSFR, Vaclav Havel Paris, 20. November 1990, 15.40 Uhr bis 16.45 Uhr**<sup>[1]</sup>

Staatspräsident Havel (H.) begrüsst den Bundeskanzler zu einem Gespräch am Rande des KSZE-Gipfels.

- Teilnehmer auf CSFR-Seite: Ministerpräsident Calfa, Aussenminister Dienstbier, weitere Mitarbeiter und Dolmetscher

- Teilnehmer auf deutscher Seite: AL 2, LKB, RL 212 (Note Taker), Herr Bross (Dolmetscher)

H. erinnert an das letzte Treffen in München Anfang dieses Jahres - seither sei Deutschland um ein Drittel grösser geworden und hätten sich die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen deutlich verbessert. Bundespräsident von Weizsäcker habe daran grossen Verdienst.

Einige aus der Geschichte ungeklärte Dinge habe man beim Namen genannt und einer Lösung nähergebracht.

Die CSFR habe von Anfang an die deutsche Einigung unterstützt. Er - H. - sei froh, dass sie so schnell verwirklicht worden sei.

Er habe noch in der Oppositionszeit als Mitglied der Charta 77 den Gedanken ausgesprochen, dass ohne Einigung Deutschlands eine Einigung Europas nicht denkbar sei. Er sei dafür scharf angegriffen worden auch von Deutschen.

Nun wolle die CSFR mit dem geeinten Deutschland einen Gesamtvertrag abschliessen, so wie dies bereits zwischen den Aussenministern in Aussicht genommen sei. Er - H. - gehe davon aus, dass die Experten schon daran arbeiteten.

Der Bundeskanzler erläutere seine Zeitvorstellungen für die Vertragsverhandlungen: Man habe mit der SU beim Besuch Präsident Gorbatschows einen "Grossen Vertrag" unterzeichnet. Mit Polen wolle man bis Ende Januar/Anfang Februar so weit sein, und dann wolle man sich auf die deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen konzentrieren.

Dies bedeute nicht, dass diese Verhandlungen zurückgestellt würden. Vielmehr wolle er - wie auch hinsichtlich des deutsch-polnischen Vertrages - sicherstellen, dass die parlamentarische Behandlung der Verträge mit den drei östlichen Partnern nicht zu weit auseinanderfalle (Exkurs: Gründe für das Vorziehen der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzvertrages, Vereinbarung mit MP Mazowiecki über gemeinsame Ratifizierung beider Verträge).

Er werde beim bevorstehenden Besuch von MP Calfa noch einmal Eckpunkte der deutsch-tschechoslowakischen Vertragsverhandlungen erörtern - dann werde die Formulierung selbst kein grosses Kunststück sein. Im übrigen rege er an, dass H. und MP Calfa auch weiterhin persönlich Anteil an den Vertragsverhandlungen nehmen.

H. bestätigt dies.

Der Bundeskanzler und H. vereinbaren, dass im Januar die Expertenarbeit beginnt und der Vertrag bis Ostern fertiggestellt und dem Parlament zugeleitet wird.

H. unterstreicht abschliessend, dass sein Land sich über einen derartigen Vertrag freue. Derzeit befinde man sich in einem Vakuum, das es auszufüllen gelte. Man wolle auch mit diesem Vertrag am Fundament für eine friedliche europäische Ordnung bauen.

H. verzeichnet erfreut das rege Interesse deutscher Firmen an der Zusammenarbeit mit tschechoslowakischen Firmen. Dieses Interesse sei so gross, dass bei anderen Partnerländern bereits Unruhe über ein zu grosses deutsches Engagement entstehe. Aber davor habe die CSFR keine Angst.

Ungünstig sei hingegen die Entwicklung im Warenaustausch mit der früheren DDR. Aufgrund der gewachsenen RGW-Strukturen sei die CSFR auf Lieferungen nach und

Bezügen aus den neuen Bundesländern angewiesen. Er würde es sehr begrüßen, wenn die Bundesregierung gewisse Verpflichtungen für Kompensationen übernehmen könnte. Darüber werde MP Calfa Ende des Monats im einzelnen sprechen.

Schliesslich habe es eine - möglicherweise durch überzeichnende Medienberichte hervorgerufene - Perzeption im Westen gegeben, als stehe die CSFR vor dem Zusammenbruch. Tatsächlich habe es Zuständigkeitsauseinandersetzungen zwischen der Föderation und beiden Republiken gegeben. Dies sei aber inzwischen beigelegt.

Leider hätten jedoch einige Banken aufgrund dieser Berichte ihre Einlagen zurückgezogen. Er - H. - wisse zwar, dass der Bundeskanzler den Banken keine Order geben könne, gleichwohl bitte er um ein gutes Wort.

Schliesslich - so H. weiter - habe es gewisse Informationen über Besitz- oder Entschädigungsansprüche aus den Reihen der sudetendeutschen Landsmannschaft gegeben. Ihm erscheine es nicht angemessen, diese Dinge mit der Landsmannschaft zu behandeln. Angezeigt sei die Regierungsebene, möglicherweise im Zusammenhang mit dem Vertrag. Die tschechoslowakische Seite verschliesse sich Verhandlungen nicht, wolle die Fragen allerdings nicht zu diesem Zeitpunkt mit der Landsmannschaft aufnehmen. Die Frage rufe in seinem Land Unruhe, Emotionen und bohrende Fragen hervor. Ihm wäre es am liebsten, wenn man auf ruhige Verhandlungen durch Experten beider Regierungen verweisen könne. Er bittet den Bundeskanzler um Einverständnis.

Der Bundeskanzler erwidert

- zu den Lieferungen aus der früheren DDR: Das Problem sei bekannt. Wir hätten ein ziemlich schlechtes Erbe übernommen. Die Lage werde durch die Psychologie der in den neuen Bundesländern lebenden Menschen nicht leichter, denn sie wollten den Nutzen der Vereinigung sofort sehen. Aber all dies gehe nicht über Nacht.

Er rege an, das Problem beim Besuch von MP Calfa ausführlich zu erörtern.

- Banken: Er bitte MP Calfa, ihm ein vertrauliches Papier zukommen zu lassen, das Namen und Zahlen nennt. Er habe hinsichtlich Ungarns ein ähnliches Problem gehabt - und helfen können.

- Ansprüche der Sudetendeutschen: Auch er sei dafür, Dinge auf Regierungsebene zu besprechen, und zwar im Zusammenhang mit dem "Grossen Vertrag".

In einem späteren Zeitpunkt könne es jedoch nützlich sein - und darüber werde er wohl noch einmal mit H. persönlich reden müssen - dass von tschechischer Seite eine Geste gemacht werde. Die versöhnenden Worte H.'s zur Vertreibung der Sudetendeutschen habe eine gewaltige Wirkung gehabt. Die Lage sei psychologisch nicht nur in der CSFR schwierig, sondern auch bei uns. Man müsse sich gegenseitig helfen.

Er sei sehr einverstanden, dass man heute gemeinsam (der Presse) sage, man habe im heutigen Gespräch über alle anstehenden Fragen zwischen beiden Ländern gesprochen, insbesondere über einen Vertrag über freundschaftliche, gutnachbarschaftliche Beziehungen; dass man diesen Vertrag bis März abschliessen wolle und dass in diesem Zusammenhang Fragen, die die Sudetendeutschen berühren, mitbehandelt werden sollten.

H. ist einverstanden.

Der Bundeskanzler umreisst sodann die in der Geschichte wurzelnde Haltung, mit denen er an die künftige Gestaltung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen heranzugehen beabsichtigt. Die CSFR sei nicht irgendein Nachbar, sondern ein Land, mit dem wir insbesondere durch die kulturelle Dimension aufs engste verbunden seien. Das Land sei zudem Mitteleuropa - und der Staatspräsident sei ein besonders herausgehobener Repräsentant gerade dieses mitteleuropäischen Profils. Deshalb und wegen seiner persönlichen Haltung in schwierigster Zeit genieße er bei uns hohes Ansehen.

Betrachte man die lange gemeinsame Geschichte, dann habe es engste politische und dynastische Verflechtungen gegeben. Gerade deshalb müsse man einer Betrachtung entgegenwirken, als habe die Geschichte erst 1933 begonnen. Aber selbstverständlich müsse gerade auch das einbezogen werden, was nach 1933 im Namen des Nationalsozialismus sowie in der Revanche geschehen sei.

Heute stehe man vor zwei Alternativen: Man könne weitermachen wie bisher - dann

seien diese drei Tage in Paris umsonst gewesen und man werde nichts bewirken. Oder aber man richte den Blick nach vorne und gestalte die Dinge grundlegend neu. Dies sei uns mit Frankreich gelungen - aus einer Erbfeindschaft, von der noch seine Schulbücher gezeugt hätten, sei engste Freundschaft geworden. Dies dürfe in unserem Verhältnis mit unseren Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa nicht anders sein. Deshalb müsse man, ohne dass "vorher" zu vergessen, einen neuen Anfang wagen und zwar jetzt.

In 10 Jahren werde Europa anders aussehen, insbesondere die Europäische Gemeinschaft sich weiterentwickelt haben. Zwar könne diese nicht alle Länder Europas umfassen, aber er sehe drei wichtige Partner in der Region. Die CSFR und Ungarn hätten eine wirtschaftliche Basis, aufgrund derer man das Ziel bald erreichen könne; bei Polen hänge vieles davon ab, wie es mit der Regierungsarbeit weitergehe (Exkurs: Österreichs EG-Mitgliedschaft in Zusammenarbeit mit Budapest und Prag).

Der Bundeskanzler würdigt sodann den Beitrag der Menschen auf dem Wenzels-Platz zur Deutschen Einheit. Gerade deshalb habe er heute im Plenum betont, die Deutschen würden miserable Politik machen, wenn sie jetzt nur an sich selbst dächten. Das Gegenteil sei richtig: Der Erfolg in den Reformstaaten sei auch unser Erfolg. Es dürfe keine neue Wohlstandsgrenze geben. Denn dies bedeute Neid, aus Neid wachse Missgunst, von dort sei es nur noch ein kleiner Schritt zum Hass (Exkurs: Vorschau auf ER Rom).

Bei alledem - so der Bundeskanzler weiter - sei ihm wichtig, dass die Menschen in beiden Ländern mitmachten. Man müsse deshalb auf die Psychologie achten (Exkurs: eigener Besuch in Lidice).

Gerade jetzt sei ein günstiger Zeitpunkt für Vorwärtsbewegung. Die Schiffe lägen in der Strömung längsseits. Man könne und müsse umsteigen, bevor die Strömung sie wieder auseinandertreibe. Was man in den nächsten zwei Jahren mache, sei gut gemacht - er sei nicht sicher, ob man noch viel mehr Zeit habe. Deshalb sei er auch in EG-Fragen so treibend.

H. stellt erfreut fest, dass die Darstellung des Bundeskanzlers dem sehr verwandt sei, was man auch in seinem Lande spüre. Vor allem unterstreiche er seinerseits, dass gerade jetzt die Chance bestehe, ein wirklich besseres Europa zu begründen.

Die 2-Jahres-Perspektive stelle sich auch nach der innenpolitischen Lage seines Landes: Die Amtszeiten von Parlament, Regierung und Präsidenten liefen über diese Zeit. In dieser Frist müsse man eine neue Verfassung und eine neue Wirtschaftsordnung schaffen und die internationale Stellung der CSFR neu begründen. Allerdings werde man es in dieser Frist nicht schaffen, eine wirtschaftliche Erholung wie in der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen - dies dauere 10 bis 15 Jahre. Gleichwohl müsse man jetzt die Grundlage für ein engeres Verhältnis zur EG in Form der Assoziation vorantreiben.

H. unterstreicht sodann, dass das jüngste politische Geschehen in seinem Land und in der früheren DDR wie durch kommunizierende Röhren miteinander verbunden gewesen sei. Für die deutsche Einheit sei wichtig gewesen, was in Prag, Warschau und Budapest geschehen sei - andererseits habe aber der Fall der Berliner Mauer für die friedliche Revolution in seinem Land entscheidende Bedeutung gehabt.

H. dankt dem Bundeskanzler für das Gespräch und bekräftigt erneute seine Zufriedenheit, dass man in den beiderseitigen Visionen so einig sei.

Der Bundeskanzler betont abschliessend, man könne zwar dieses Jahrhundert nicht zurückdrehen, habe in seinen letzten zehn Jahren jedoch die Chance, einiges wieder in Ordnung zu bringen. Dies sei sein ganz persönliches Ziel. Er hoffe, dass von seiner Universität Heidelberg bald wieder wie früher die Studenten mit derselben Selbstverständlichkeit nach Prag gingen, wie sie dies heute in Richtung Paris oder Dijon täten.

Der Bundeskanzler schlägt in der nächsten Zeit engsten Kontakt vor - H. ist einverstanden

[1] BArch, B 136/59734, 126-132.

Head of Division 212

Paris, 20 November 1990

**M e m o r a n d u m**

**Subject: The Chancellor's Meeting with the President of the CSFR, Vaclav Havel, Paris, 20 November 1990, 3:40 pm to 4:45 pm**

President Havel (H.) welcomed the Federal Chancellor for a discussion on the sidelines of the CSCE summit.

Participants on the CSFR side:

Prime Minister Calfa, Foreign Minister Dienstbier, other staff and interpreters

Participants on the German side:

Head of Department 2, Head of Division 212 (note taker), Mr. Bross (interpreter)

H. recalls the last meeting in Munich at the beginning of this year - since then Germany had grown by a third and German-Czechoslovak relations had improved significantly. Federal President von Weizsäcker had great merit in this.

Some unexplained things from history have been named and brought closer to a solution.

The CSFR had been supporting German unification from the start. He - H. - was glad that it had been realized so quickly.

While still in the opposition as a member of Charter 77, he had expressed the idea that Europe would not be conceivable without the unification of Germany. He had been attacked sharply, also from Germans.

Now the CSFR wanted to conclude a general agreement with unified Germany, as had already been envisaged between the foreign ministers. He - H. - assumed that the experts were already working on it.

The Chancellor [Helmut Kohl] explains his timing for the treaty negotiations: A "major treaty" was signed with the SU during President Gorbachev's visit. With Poland, they wanted to be ready by the end of January/beginning of February, and then they wanted to concentrate on German-Czechoslovak negotiations.

This did not mean that these negotiations were postponed. Rather, as with the German-Polish treaty, he wanted to ensure that the parliamentary treatment of the treaties with the three Eastern partners did not diverge too far (excursus: reasons for bringing forward the signing of the German-Polish border treaty, agreement with PM Mazowiecki on joint ratification of both treaties).

During the upcoming visit by PM Calfa, he would once again discuss the key points of the German-Czechoslovak treaty negotiations - then the formulation itself would not be a great feat. In addition, he suggests that H. and PM Calfa continue to participate personally in the treaty negotiations.

H. confirms this.

The Chancellor and H. agree that the expert work would begin in January and that the contract would be completed by Easter and forwarded to parliament.

H. finally emphasizes that his country was happy about such a treaty. At the moment, one was in a vacuum that needed to be filled. With this treaty, one wanted to build the foundation for a peaceful European order.

H. is pleased to note that German companies were very interested in working with Czechoslovak companies. Their interest was so great that other partner countries are already worried about too much German involvement. But the CSFR was not afraid of that.

On the other hand, the development in the exchange of goods with the former GDR was unfavorable. Due to the old COMECON structures, the CSFR was dependent on deliveries and purchases from the East German provinces. He would very much appreciate it if the Federal government could take on certain obligations for compensation. PM Calfa would discuss this in detail at the end of the month.

After all, there was a perception in the West - possibly caused by excessive media reports - that the CSFR was about to collapse. In fact, there were conflicts of

jurisdiction between the Federation and the two republics. However, this had now been resolved.

Unfortunately, however, based on these reports, some banks had withdrawn their deposits. He - H. - knew that the Chancellor could not give the banks any orders but asked for a good word.

Finally - H. continued - there was certain information about property or compensation claims from the ranks of the Sudeten German compatriots. It did not seem appropriate to him to deal with these matters of the Landsmannschaft. This should be dealt with on the government level, possibly in connection with the treaty. The Czechoslovak side did not shut itself off from negotiations but did not want to take up the questions with the Landsmannschaft at this point in time. The question arose unrest, emotions, and probing questions in his country. He would prefer to be able to refer to calm negotiations by experts from both governments. He asks the Chancellor for consent.

The Chancellor replied

- that with regards to the supplies from the former GDR: The problem was known. We had inherited a pretty bad legacy. The situation was not made easier by the psychology of the people living in the new federal states as they want to see the benefits of the association immediately. But none of this would happen overnight.

He suggested that the problem be discussed in detail during the visit by PM Calfa.

- Banks: He asked PM Calfa to send him a confidential paper with names and numbers. He had a similar problem with Hungary - and was able to help.

- Claims of the Sudeten Germans: He, too, was in favor of discussing things at the governmental level, specifically in connection with the "Great Treaty".

At a later point in time, however, it could be useful - and he would probably have to talk to H. about it again - that a gesture should be made by the Czech side. H.'s conciliatory words about the expulsion of the Sudeten Germans had had a tremendous effect. The situation was psychologically difficult not only in the CSFR, but also with us. They had to help each other.

He was very much in agreement with the fact that one had stepped before the press, telling them that, in today's conversation, they had discussed all the issues that were pending between the two countries - in particular, a treaty on friendly, good-neighborly relations. One wanted to conclude this contract by March. In this connection, questions that affect the Sudeten Germans should also be dealt with.

H. agrees.

The Chancellor then outlines the historical attitude with which he intended to approach the future structure of German-Czechoslovak relations. The CSFR was not just any neighbor, but a country with which we were very closely connected, particularly through the cultural dimension. The country was also Central European - and the President was a particularly prominent representative of this Central European profile. Due to his personal attitude in the most difficult times, he enjoyed a high reputation with us.

If one looked at their long history together, there had been very close political and dynastic ties. Precisely for this reason, one must counteract a view as if the story had only begun in 1933. But, of course, what had happened after 1933 in the name of National Socialism and in revenge must also be included.

Today, there were two alternatives: One could carry on as before - then these three days in Paris would be in vain and one would not achieve anything. Or one could look ahead and fundamentally redesign things. We had succeeded in doing this with France - a hereditary enmity, which his schoolbooks had evidenced, turned into the closest friendship. This should not be any different in our relationship with our neighbors in Central, Eastern, and Southeastern Europe. Therefore, without forgetting the past, one must venture a new beginning, and now.

In 10 years, Europe would look different, especially the European Community would develop further. Although this could not include all countries in Europe, he saw three important partners in the region. The CSFR and Hungary had an economic basis on which the goal could soon be achieved. In the case of Poland, a lot depended on the success of the government's work (excursus: Austria's EC membership in cooperation

with Budapest and Prague).

The Chancellor then paid tribute to the contribution made by the people on Wenceslas Square to German unity. Precisely for this reason, he emphasized in the plenary today that the Germans would make miserable politics if they now only thought of themselves. The opposite was true: Success in the reform states was also our success. There should not be a new border of prosperity. Because this means envy, and envy led to increasing resentment. From there, it was only a small step to hate (excursus: preview of European Council in Rome).

In all of this - the Chancellor continued - it was important to him that the people in both countries participate. One must therefore pay attention to psychology (excursus: own visit to Lidice).

Now was a good time to move forward. The ships went alongside the current. One could and had to change trains before the current drove them apart again. The things one would be able to achieve in the next two years would be done well - he was not sure if one had much more time. That was why he was the driving force on EC issues.

H. is pleased to note that the Federal Chancellor's portrayal was very much related to what could also be felt in his country. Above all, he emphasized, for his part, that there was now an opportunity to lay the foundation for a truly better Europe.

The two-year perspective was also based on the domestic political situation in his country: The terms of office of parliament, government, and president ran over this period: A new constitution and a new economic order had to be created and the international position of the CSFR had to be re-established. However, one would not be able to achieve an economic recovery like in the Federal Republic of Germany within this period - this would take 10 to 15 years. Nonetheless, the basis for a closer relationship with the EC must be promoted in the form of an association.

H. then emphasizes that the latest political events in his country and in the former GDR were connected to one another as if by communicating tubes. What had happened in Prague, Warsaw, and Budapest was important for German unity - on the other hand, the fall of the Berlin Wall was of decisive importance for the peaceful revolution in his country.

H. thanks the Chancellor for the meeting and reiterates his satisfaction that they were so united in their mutual visions.

In conclusion, the Chancellor emphasizes that although this century could not be turned back, in his last ten years there was a chance to put things back in order. This was his very personal goal. He hoped that the students from his University of Heidelberg would soon return to Prague as they had done in the past with the same ease as they do today in the direction of Paris or Dijon.

The Chancellor suggests the closest contact in the near future - H. agrees.

[handwritten signature by Dr. Kaestner]